

Autor: Maik Baumgärtner

Rechtspopulismus in Hamburg

MeinungsforscherInnen waren sich 2010 einig: In Deutschland gibt es ein WählerInnenpotential im zweistelligen Prozentbereich für Parteien rechts der CDU. Die Verkaufszahlen und Debatten um das im vergangenen Jahr erschienene Buch »Deutschland schafft sich ab« von Thilo Sarrazin verdeutlichen das. Bisher fehlt es den deutschen RechtspopulistInnen aber an polarisierenden Themen und charismatischen Persönlichkeiten. Trotz dessen sind die

AkteurInnen innerhalb rechtspopulistischer Parteien umtriebiger und aktiver. Sie versuchen polarisierende Themenfelder zu besetzen, sich (lokal)politisch zu etablieren und neue MitstreiterInnen zu gewinnen. Zu den wichtigsten AkteurInnen dieses Spektrums in Deutschland zählen die »Pro«-Parteien und die »Die Freiheit«. Beide Parteien sind in Hamburg, wenn auch in unterschiedlicher Intensität, aktiv.

Inhalt

Bürgerbewegung pro Deutschland	2
Die Freiheit – Bürgerrechtspartei für mehr Freiheit und Demokratie	3
Partei Rechtsstaatlicher Offensive – Die »Schill-Partei«	4



Das Mobile Beratungsteam Hamburg wird im Rahmen des Bundesprogramms »TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN« gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration Hamburg.

»Erst Berlin, dann Hamburg!«¹ verlautbarte im Jahr 2010 die islamfeindliche »Bürgerbewegung pro Deutschland« auf ihrer Internetseite und kündigte »personelle und organisatorische Vorbereitungen«² zur Teilnahme an der Bürgerschaftswahl 2012 in der Hansestadt an. Nachdem die Grünen/Grün-Alternative Liste Ende November 2010 die erste schwarz-grüne Koalition auf Landesebene frühzeitig beendete³ und die Bürgerschaft kurze Zeit später den Weg für vorgezogene Neuwahlen freimachte⁴, erklärte die »Bürgerbewegung pro Deutschland« auf eine »Ad-hoc-Kandidatur«⁵ zu verzichten.

In Hamburg verfügt die Partei über keinen Landesverband und setzt sich aus lediglich zehn Mitgliedern⁶ zusammen, die bisher 300 Unterstützerhaushalte⁷ gewinnen konnten. Laut eigenen Angaben gehören zu den Mitgliedern und UnterstützerInnen ehemalige Aktive

der Schill-Partei und ein früherer Wahlkampfleiter der CDU.⁸

Bisher trat die »Bürgerbewegung pro Deutschland« in der Hansestadt hauptsächlich durch die Veranstaltung von Interessententreffen und das Verteilen einer Petitionspostkarte gegen einen EU-Beitritt der Türkei in Erscheinung.

Die Partei wurde am 20. Januar 2005 von Mitgliedern der »Bürgerbewegung Pro Köln e.V.« gemeinsam mit »ehemaligen Anhängern anderer nonkonformer Vereinigungen«⁹ gegründet, um »demokratischen Patrioten überall in Deutschland« die Möglichkeit zu geben, in ihren Regionen aktiv zu werden. Nachdem »Pro Köln« im Jahr 2004 in Fraktionsstärke in den Kölner Stadtrat einziehen konnte, ist das Sammelbecken »Pro Deutschland« der Versuch mit dem kommunal erfolgreichen Modell, auf Bundesebene zu expandieren.

Dabei grenzt sie sich zwar von Antisemitismus und Neonazis ab, jedoch wird unter dem Deckmantel einer »Bürgerbewegung« offensive rechtspopulistische Politik betrieben, die das Thema Islam und Zuwanderung meist in einen Zusammenhang mit u.a. Gewalt, Fundamentalismus und Arbeitslosigkeit stellt sowie mit der Verschwörungstheorie einer vermeintlichen »Islamisierung« Deutschlands und Europas spielt.

Zur Umsetzung des propagierten Ziels »eine große Zahl von Menschen in einem bestimmten Wahlgebiet dauerhaft an pro Deutsch-

land zu binden«¹⁰, wurde ein Konzept erarbeitet, das in drei Schritte unterteilt ist und an dem sich die Funktionäre und AktivistInnen bis heute orientieren:

»Handlungsfähigkeit herstellen«,
»Menschen binden« und »Wahltritt«.

Unter dem Punkt »Handlungsfähigkeit herstellen« versteht die Partei die Gründung von Kreisverbänden, für die sie ihren SympathisantInnen eine Art Leitfaden zur Verfügung stellt. Neben rechtlichen Hinweisen über die Mindestanzahl an Personen und Anweisungen zur Öffentlichkeitsarbeit geht es vor allem um die Einbindung von »seriösen patriotischen Kräften«. Um Menschen zu »binden« sei es nötig, Themen zu suchen und nicht zu warten bis sich ein »Thema aufdrängt«. Besonders die Bereiche »Multi-Kulturalismus, Kriminalitätsentwicklung, Korruption und soziale Gerechtigkeit« sollen angesprochen und hierzu regelmäßig »aktuelle Meldungen auf der Internetseite erscheinen.« Besonderer Wert wird auf den »Wahltritt« gelegt, zu dem die »Verfügbarkeit persönlich zuverlässiger Kandidaten für alle Wahlkreise« zählt, denn: »Die ‚Marke‘ pro Deutschland darf nicht verschlissen werden: aussichtslose Kandidaturen kommen nicht in Frage!«

Aus diesem Grund verzichtete die Partei im Februar 2011 auf die Teilnahme an der Wahl in Hamburg und konzentrierte sich auf den Wahlkampf zum Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen im September des gleichen Jahres in Berlin. Trotz eines intensiv geführten Wahlkampfs, mehrerer Hundert Mitglieder und Tausender UnterstützerInnenhaushalte in der Hauptstadt gelang es der Partei nicht, auf Bezirks- oder Landesebene Wahlerfolge zu erzielen.

¹⁰ Diese und folgende Zitate siehe http://pro-deutschland.net/index.php?option=com_content&view=article&id=50&Itemid=36 (aufgerufen am 28.09.2011)

¹ http://www.pro-deutschland-online.de/index.php?option=com_content&view=article&id=343:erst-berlin-dann-hamburg&catid=14&Itemid=2 (aufgerufen am 28.09.2011)
² Ebenda
³ <http://www.welt.de/politik/deutschland/article11266285/Schwarz-gruene-Koalition-in-Hamburg-gescheitert.html> (aufgerufen 28.09.2011)
⁴ <http://www.welt.de/politik/deutschland/article11653553/Hamburger-machen-den-Weg-zu-Neuwahlen-frei.html> (aufgerufen am 28.09.2011)
⁵ http://www.pro-deutschland-online.de/index.php?option=com_content&view=article&id=375:segensreicher-wahlkalender-&catid=14&Itemid=2 (aufgerufen am 28.09.2011)
⁶ Aussage des Bundesvorsitzenden Manfred Rouhs auf eine Anfrage des Autors im September 2011
⁷ Ebenda; Als Unterstützerhaushalte versteht die »Bürgerbewegung pro Deutschland« u.a. Einzelpersonen oder Haushalte, die beispielsweise Petitionen der Partei unterschrieben haben oder als Spender in Erscheinung treten.

⁸ http://www.pro-deutschland-online.de/index.php?option=com_content&view=article&id=343:erst-berlin-dann-hamburg&catid=14&Itemid=2 (aufgerufen am 28.09.2011) und http://www.pro-deutschland-online.de/index.php?option=com_content&view=article&id=15:pro-deutschland-gegruendet&catid=14&Itemid=2 (aufgerufen am 28.09.2011)
⁹ http://pro-deutschland.net/index.php?option=com_content&view=article&id=15:pro-deutschland-gegruendet&catid=14&Itemid=2 (aufgerufen am 28.09.2011)

Im Oktober 2010 gründete sich in Berlin mit »Die Freiheit – Bürgerrechtspartei für mehr Freiheit und Demokratie« eine neue Partei, die dem Spektrum der rechtspopulistischen Szene in Deutschland zuzurechnen ist. Mitbegründer und Vorsitzender ist das ehemalige CDU-Mitglied René Stadtkewitz. Der Politiker, der bereits im Jahr 2009 aus seiner Partei ausgetreten war, als Parteilooser aber weiterhin der christdemokratischen Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus angehörte, wurde im September 2010 aus dieser ausgeschlossen, da er sich weigerte, eine Einladung an den umstrittenen niederländischen Rechtspopulisten und Islamfeind Geert Wilders zurückzuziehen. Bereits bei der Bekanntgabe der Pläne zur Gründung einer neuen Partei unter dem Namen »Die Freiheit« kommunizierten die GründerInnen, dass die Themen Zuwanderung und Integration eine hohe Priorität genießen werden. Gleichzeitig betonten sie, sich von ExtremistInnen von rechts wie von links, Ausländerfeinden und den Pro-Parteien distanzieren zu wollen.

Permanent versucht die »Die Freiheit« nicht als Ein-Themen-Partei am extrem rechten Rand wahrgenommen zu werden, wofür nicht nur das umfangreiche Grundsatzprogramm, sondern auch die offensive Distanzierung nach Rechtsaußen Belege sind. Gleichwohl thematisiert die Partei in der Öffentlichkeit hauptsächlich die Themen Islam und Integration und vertritt EU- und Euro-skeptische Positionen. Insbesondere in diesen Themenfeldern vertritt sie Ansichten, die vom demokratischen Parteienspektrum und der Politikwissenschaft als rechtspopulistisch verortet werden. Dabei misst sie politisch mit zweierlei Maß: In Deutschland sucht »Die Freiheit« den Anschluss an VertreterInnen aus dem demokratischen Par-

teienspektrum, während sie auf internationaler Ebene mit rassistischen und extrem rechten Parteien bzw. deren VertreterInnen aus Schweden, Österreich und Belgien auf Veranstaltungen und Treffen präsent ist.

Zwar konnte die Partei knapp zwei Monate vor den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen rund 59.000 Euro Spendengelder an einem Tag für den Wahlkampf akquirieren¹¹, doch schaffte sie es ebenso wenig wie die »Bürgerbewegung pro Deutschland«, Wahlerfolge zu erzielen.

Im Juni 2011 gründete die Partei einen Landesverband¹² in Hamburg, dem zu diesem Zeitpunkt etwa 80 Mitglieder¹³ angehört haben sollen. Seit Ende 2010 führten die Mitglieder und SympathisantInnen der »Bürgerrechtspartei« vor allem sogenannte Infotreffen im Ortsteil Groß-Borstel durch. Dabei ging es im April u.a. um das Thema »Mit Kritikern diskutieren – eine rhetorische Hilfestellung«¹⁴, um den Engagierten »einige Argumentationshilfen an die Hand zu geben«.¹⁵

11 <http://geldbombe-für-die-freiheit.de/> (aufgerufen am 27.09.2011)

12 <http://www.diefreiheit.org/landesverband-hamburg-der-burgerrechtspartei-die-freiheit-gegrundet/> (aufgerufen am 27.09.2011)

13 <http://www.jungfreiheit.de/Single-News-Display-mit-Komm.154+M5755df3cb22.0.html> (aufgerufen am 27.09.2011)

14 <http://www.diefreiheit.org/neues-treffen-der-landesgruppe-hamburg/> (aufgerufen am 27.09.2011)

15 Ebenda

Zur Begründung führte der damalige Landeskoordinator und heutige Landesvorsitzende¹⁶ Jens Eckleben, der früher bei den Grünen aktiv war, aus:

»Besonders in der Diskussion mit den Kritikern unserer politischen Einstellung gestaltet es sich häufig schwierig, die eigene Meinung beispielsweise im Bezug auf den Islam und gegen pauschale Anfeindungen zu vertreten.«¹⁷

Gegen diese Treffen machten die AnwohnerInnen Groß Borstels schnell mobil - das Stavenhagenhaus wird der Freiheit deswegen inzwischen vom Bezirk nicht mehr zur Verfügung gestellt. Lediglich im Juli 2011 kam es zu einer öffentlichen Kundgebung, als ca. 60 AnhängerInnen gemeinsam mit Gleichgesinnten gegen einen Auftritt des islamistischen Predigers Pierre Vogel protestierten.

Der Hamburger Landesverband der »Die Freiheit« plant seine Aktivitäten in Zukunft zu verstärken und arbeitet auf eine Teilnahme bei der nächsten Bürgerschaftswahl im Jahr 2015 hin.¹⁸

16 <http://www.diefreiheit.org/landesverband-hamburg-der-burgerrechtspartei-die-freiheit-gegrundet/> (aufgerufen am 27.09.2011)

17 <http://www.diefreiheit.org/neues-treffen-der-landesgruppe-hamburg/> (aufgerufen am 27.09.2011)

18 <http://www.diefreiheit.org/neue-konzepte-fur-eine-erfolgreiche-zukunft/> (aufgerufen am 27.09.2011)

Die »Partei Rechtsstaatlicher Offensive« war die bisher bekannteste rechtspopulistische Formation in der jüngeren deutschen Geschichte. In Hamburg, wo die Partei ihren Ausgangspunkt nahm, erzielte sie ihren größten und wichtigsten Wahlerfolg.

Prägende Figur und durch seine Popularität der maßgebliche Erfolgsgarant für die »Partei Rechtsstaatlicher Offensive« war der damalige Richter am Amtsgericht Hamburg Ronald Barnabas Schill. Der für seine harten Urteilsprüche bekannte Schill bekam von der Boulevardpresse den Namen »Richter Gnadenlos« verliehen, was ihm weit über die Landesgrenzen hinaus Beachtung bescherte und dazu führte, dass die Partei fast nur noch als »Schill-Partei« bezeichnet wurde.

Mit dem Thema Innere Sicherheit und der damit einhergehenden Kriminalitätsbekämpfung konnte sich die Schill-Partei profilieren und erlangte 2001 bei ihrem ersten Wahlantritt 19,4 Prozent der Stimmen und wurde damit drittstärkste Kraft in der Hansestadt. Als Koalitionspartner der CDU und FDP war die Partei an der Re-

gierung beteiligt und Schill wurde nicht nur zweiter Bürgermeister, sondern auch Innensenator.

Ausschlaggebend für den Erfolg der Partei in Hamburg war nicht nur Schill, über dessen populistische Forderungen und Auftritte, in weiten Teilen der Presse regelmäßig berichtet wurde, sondern auch Aussagen aus den Reihen der Hamburger CDU in den Monaten vor der Wahl. Der damalige CDU-Spitzenkandidat Ole von Beust erklärte bereits mehr als ein halbes Jahr vor der Wahl, eine Koalition mit der »Partei Rechtsstaatlicher Offensive« sei für ihn nicht ausgeschlossen.¹⁹

Mit dieser Aussage machte von Beust die Partei und somit auch deren rechtspopulistische Forderungen und Law-and-Order-Politik salonfähig. Knapp zehn Jahre später erklärte der CDU-Politiker in einem Gespräch mit der Wochenzeitung »Die Zeit«:

¹⁹ <http://www.n-tv.de/politik/CDU-Koalition-mit-Rechtspopulisten-nicht-ausgeschlossen-article146742.html> (aufgerufen am 25.09.2011)

»Schill war ein Mittel zum Zweck. Die Koalition mit ihm war eine machtpolitische Entscheidung. Ich war der Meinung, nach 44 Jahren muss die SPD weg, und hatte gehofft, dass er sich im Amt fängt.«²⁰

Etwas mehr als zwei Jahre nach der Wahl zerbrach die Koalition in der Bürgerschaft, womit auch das Ende der Schill-Partei eingeläutet wurde. Nach unzähligen innerparteilichen Differenzen und dem Ausschluss von Ronald Schill aus der Partei, löste sie sich im Jahr 2007 endgültig auf.

²⁰ <http://www.zeit.de/2011/23/Interview-Ole-von-Beust/seite-4> (aufgerufen am 25.09.2011)